



Gesundheit mit beschränkter Haftung

Nein danke !

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Stadt Frankfurt plant, die Städtischen Kliniken Höchst zu privatisieren. d. h. in eine gemeinnützige GmbH umzuwandeln. Mit der Umwandlung droht

- die Zerlegung der Kliniken in einen medizinischen Bereich und beliebig viele Tochtergesellschaften.
- Vor allem die Bewohner der westlichen Stadtteile Frankfurts und des Vordertaunus müssen eine Verschlechterung der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung befürchten. Denn erfahrungsgemäß wird in privatisierten Kliniken noch weniger Personal eingesetzt, qualifiziertes teures Personal durch unqualifizierte Arbeitskräfte ersetzt und der Arbeitsdruck noch mehr erhöht. Die Gefahr, dass Fehler in der Behandlung von Patienten passieren, steigt.
- Den Beschäftigten drohen schlechtere Arbeitsbedingungen, wie Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung der Gehälter und zunehmender körperlicher und psychischer Stress.
- Der Personalabbau bei den Städtischen Kliniken während der letzten zwei Jahre – in dieser Zeit wurden z. B. 10 Prozent der Stellen im Pflegedienst gestrichen – hat an die Grenze der Belastbarkeit der Beschäftigten geführt. Den Patienten kann nicht noch weniger an medizinischer und pflegerischer Betreuung zugemutet werden. Die Gehälter eines Großteils der Beschäftigten sind bereits heute auf einem so niedrigen Niveau, dass viele Mitarbeiter einen Zweitjob brauchen, um in Frankfurt leben zu können.



Es gibt eine Alternative !

- Wir Beschäftigten der Städtischen Kliniken-Höchst fordern den Erhalt der Kliniken mit allen Abteilungen einschließlich dem notwendigen Neubau des zentralen Klinikgebäudes. Nur ein Neubau ermöglicht die dem heutigen Wissensstand entsprechende Behandlung und Pflege der Patienten. Die Kliniken müssen zu 100 Prozent in städtischer Hand bleiben, um auch in Zukunft den Einfluss der Stadt auf die Gesundheitsversorgung der Patienten unter demokratischer Kontrolle zu gewährleisten.
- Für einen Klinikneubau haben nicht die Beschäftigten mit ihren Gehältern einzustehen. Die Finanzierung ist Aufgabe des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt. Würde unsere Stadtregierung auch auf die Idee kommen, den Magistratsmitgliedern das Gehalt zu kürzen, um die Renovierung der Diensträume im Römer zu bezahlen ???
- **Alle** Mitarbeiter der Städtischen Kliniken müssen zu tariflichen Bedingungen beschäftigt werden, jetzt und in Zukunft. Einen weiteren Personalabbau oder gar betriebsbedingte Kündigungen darf es nicht geben.

Die Stadt Frankfurt hat genug Geld, denn sie hat vor kurzem die Gewerbesteuer gesenkt und verzichtet damit freiwillig auf mindestens 100 Millionen Euro Einnahmen pro Jahr. Die schwarz-grüne Römerkoalition muss sich entscheiden, ob sie die Großunternehmen in Frankfurt finanziell bevorzugt, oder Steuereinnahmen investiert für die Gesundheitsversorgung ihrer Bürger.

V.i.S.d.P.: Andreas König, verdi Wiesbaden



Gesundheit, Soziale Dienste
Wohlfahrt und Kirchen



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft